



Sitzungsniederschrift

- Gremium : **Ausschuss für Umwelt und Energie**
- Sitzungsort : **Thomas-Morus-Gymnasium Oelde - Mensa , Zur Dicken Linde 29, 59302 Oelde**
- Sitzungstag : **Mittwoch, 13.12.2017**
- Sitzungsbeginn : **17:30 Uhr**
- Sitzungsende : **20:45 Uhr**

Vorsitz

Frau Marita Brormann

Teilnehmer

Herr Norbert Austrup
Herr Peter Haferkemper
Herr Peter Hellweg
Frau Hiltrud Krause
Herr Thomas Lange
Herr Ludger Lücke
Frau Elisabeth Meinders-Koeper
Frau Anna Gertrud Nordhus
Herr Uwe Opitz
Herr Holger Post
Herr Holger Schramm
Herr Wolfgang Sibbing
Herr Peter Sonneborn
Herr Siegfried Uthmann
Herr Steffen Vollenkemper
Herr Martin Wilke
Herr Michael Zummersch

Verwaltung

Herr Matthias Abel
Herr Andreas Langer

-

Herr Thomas Eifler
Frau Stefanie Gröne
Herr Ralf Schlüter

es fehlten entschuldigt:

Teilnehmer

Frau Maria Mittelbach

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Sitzung

Seite:

1. Befangenheitserklärungen
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 29.03.2017
3. Bestellung von Schriftführer/innen
Vorlage: B 2017/012/3846
4. Klimafreundliche Mobilität in Oelde
Vorlage: M 2017/610/3850
5. Antrag der Fraktion B90 / Die Grünen zur Erstellung eines Klimaschutz-
Teilkonzeptes "Mobilität"
Vorlage: B 2017/012/3912
6. Antrag der CDU-Fraktion zu diversen Maßnahmen im Rahmen eines
nachhaltigen Klima- und Umweltschutzes
Vorlage: B 2017/012/3915
7. Einführung der Gelben Tonne zum 01.01.2019
Vorlage: B 2017/661/3878
8. Ökoprotit im Rathaus
Vorlage: M 2017/610/3851
9. Verschiedenes
- 9.1. Mitteilungen der Verwaltung
- 9.2. Anfragen an die Verwaltung

Die Ausschussvorsitzende Frau Brommann begrüßt alle Anwesenden, insbesondere auch im Namen von Herr Dr. Hermeier als Schulleiter, der terminlich leider verhindert ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgt eine Besichtigung der im Rahmen der geförderten Klimaschutzaktivitäten der Stadt Oelde hergestellten Pelletheizung am Thomas-Morus-Gymnasium.

Anschließend verliest die Vorsitzende die nachstehende Verpflichtungsformel und verpflichtet Herrn Lange anschließend persönlich durch Handschlag zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben:

„Ich verpflichte mich, dass ich die Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflicht zum Wohl der Gemeinde erfüllen werde“.

Frau Brommann stellt fest, dass zu der Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Herr Vollenkemper stellt einen Antrag den Tagesordnungspunkt Nr.7 vorzuziehen, um zuerst über die „Ist-Situation“ zu sprechen und anschließend über mögliche zukünftige Konzepte.

Seinem Antrag wird einstimmig statt gegeben.

Dann eröffnet die Vorsitzende die Sitzung.

Öffentliche Sitzung

1. Befangenheitserklärungen

Beschluss:

Es werden keine Befangenheitserklärungen abgegeben.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 29.03.2017

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Energie genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Energie vom 29.03.2017 mit zwei Enthaltungen.

3. Bestellung von Schriftführer/innen

Vorlage: B 2017/012/3846

Sachverhalt:

Gem. § 52 GO (Gemeindeordnung NW) und der Geschäftsordnung des Rates bzw. seiner Ausschüsse sind über die gefassten Beschlüsse Niederschriften aufzunehmen. Hierfür sind Schriftführer / Schriftführerinnen vom Rat oder den Ausschüssen zu bestellen.

Die Verwaltung schlägt vor, dass für den Ausschuss für Umwelt und Energie folgende neue Schriftführer/innen bestellt werden:

Frau Natalie Luhmann
Frau Jessika Sprenkelder

Beschlussvorschlag:

Frau Natalie Luhmann und Frau Jessika Sprenkelder werden zu Schriftführer/innen des Ausschusses bestellt.

4. Klimafreundliche Mobilität in Oelde
Vorlage: M 2017/610/3850

Sachverhalt:

In der Sitzung erfolgt ein mündlicher Bericht über die durchgeführten Maßnahmen sowie die zukünftigen Vorhaben im Rahmen der klimafreundlichen Mobilität in Oelde:

- Förderung des Radverkehrs im Stadtgebiet
- Sachstand zum Runden Tisch Radverkehr
- Aktuelle Maßnahmen im Rathaus zur Förderung der klimafreundlichen Mobilität
- Neues Carsharing-Angebot in Oelde

Frau Nordhus hakt nach, ob das Carsharing-Auto eher für kurze oder lange Strecken genutzt würde. Bei größtenteils kurzen Fahrtstrecken merkt sie an, dass in einem solchen Falle auch ein E-Auto in Frage gekommen wäre.

Frau Gröne erläutert, dass das Carsharing Auto von einem externen Anbieter gestellt werden würde und ein E-Auto zu teuer wäre. Außerdem sei dieses erstmalige Angebot eine Probe, um zu sehen, wie gut diese Möglichkeit angenommen werde. Zudem würde die EVO bereits solche Ansätze verfolgen.

Frau Meinders-Koeper fragt nach den aktuellen Kosten für die Nutzung des Carsharing-Autos.

Frau Nordhus klärt auf, dass sich die Kosten auf 1,70€ pro Stunde belaufen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

5. Antrag der Fraktion B90 / Die Grünen zur Erstellung eines Klimaschutz-Teilkonzeptes "Mobilität"
Vorlage: B 2017/012/3912

Frau Gröne unterstützt den Antrag der Grünen und betont, dass es wichtig sei konzeptionell vorzugehen.

Herr Wilke merkt an, dass ihm aus dem Antrag unklar bleibt, ob für diese Maßnahme eine zweite Stelle innerhalb der Verwaltung geschaffen werden soll, oder ob auch dies Aufgabengebiet von Frau Gröne sein wird.

Frau Gröne erklärt, dass Sie das Vorhaben als Einzelperson nicht zusätzlich bewältigen könne und legt zudem dar, dass eine Förderfähigkeit dieser Maßnahme der Einrichtung einer weiteren Stelle bedarf.

Herr Wilke entgegnet, dass in einem solchen Falle im vergangenen Finanzausschuss eine solche potentielle Stelle hätte besprochen werden müssen.

Herr Austrup fügt hinzu, dass er es befürwortet ein solches Konzept zum Thema Mobilität zu verfolgen. Dennoch halte er es auch nicht für sinnvoll eine potentielle Stelle nach dem Finanzausschuss zu besprechen, da unklar sei wie viele Stunden benötigt würden und ob eine zusätzliche Stelle überhaupt Zustimmung finden würde.

Herr Abel berichtet, dass der Antrag im Finanzausschuss vorgelegen hätte und mit 17 zu 2 beschlossen worden sei.

Frau Meinders-Koepfer stellt in Frage, wieso im Rahmen des Klimaschutzes das Thema Mobilität nicht auch von der jetzigen Klimaschutzbeauftragten betreut werden könne.

Frau Gröne erläutert darauf hin, dass es zum einen mit der Förderfähigkeit der Maßnahme zusammen hängt und zum anderen zeitlich nicht mit ihren anderen Aufgaben zu vereinbaren sei.

Herr Sonneborn schlägt vor, die noch nicht ausgeschöpfte Kapazität von einer halben Stelle dafür zu nutzen, da Frau Gröne lediglich als Teilzeitkraft eingestellt sei, obwohl für ihr Aufgabengebiet eine ganze Stelle eingeplant sei. Denn er befürchte, dass es schwierig werden würde eine fachkompetente Person zu finden, die sich auf eine auf zwei Jahre befristete Stelle einlässt. Er schlägt demnach vor, den Beschluss auf die Konzepterstellung zu reduzieren und über die zusätzliche Stelle erst dann zu entscheiden, wenn das Konzept vorliegt.

Herr Opitz schließt sich dem Vorschlag von Herrn Sonneborn an.

Herr Abel gibt zu bedenken, dass zwar die Kapazität für die ganze Stelle der Klimaschutzbeauftragten im Stellenplan vorhanden sei, man aber prüfen müsse, ob das Ganze auch budgetiert wurde.

Es folgen kontroverse Diskussionen, ehe der Antrag so geändert wird, dass lediglich über das Konzept beschlossen wird und die Personalfrage bis zum Vorliegen des vollständigen Konzepts vertagt werden soll.

Beschluss:

Das Gremium beschließt einstimmig einen Externen mit der Konzepterstellung bezüglich einer Verbesserung der Mobilität in Oelde zu beauftragen. Hierfür werden 25.000 € eingeplant.

Eine mögliche weitere Stelle für die Förderung eventuell entstehender Maßnahmen soll erneut besprochen werden, wenn das Konzept vorliegt.

6. Antrag der CDU-Fraktion zu diversen Maßnahmen im Rahmen eines nachhaltigen Klima- und Umweltschutzes Vorlage: B 2017/012/3915

Es wird der Antrag der CDU-Fraktion vom 29.11.2017 zur Umsetzung diverser Maßnahmen im Rahmen eines nachhaltigen Klima- und Umweltschutzes eingebracht.

Frau Gröne beginnt mit ihrer Stellungnahme seitens der Verwaltung.

Bezüglich der E-Mobilität stellt sie klar, dass die Stadt bereits jetzt bei Neu- und Ersatzanschaffungen von Fahrzeugen auch E-Fahrzeuge berücksichtigt. Hier müsste zusätzlich bedacht werden, dass die Ladeinfrastruktur mit angepasst werden müsse.

Herr Sonneborn wirft ein, dass man nicht für jedes Fahrzeug eine eigene Ladestation bräuchte, sondern eine intelligente Ladetechnik entwickeln müsse, in der man die Ladung der einzelnen Fahrzeuge aufeinander abstimmt.

Frau Gröne teilt mit, dass der Kreis Warendorf am 15.12.2017 über ein solches Konzept zur Ladeinfrastruktur für Autos entscheidet.

Frau Gröne fügt außerdem hinzu, dass Mitarbeiter des Oelder Baubetriebshofs den Einsatz von Akkugeräten zur Pflege testen.

Herr Sonneborn wirft ein, dass die Entsorgung von Akkus sehr schwierig sei und man überdenken müsse, ob dies tatsächlich zum Umweltschutz beitrage.

Herr Uthmann betont, dass das alles in den Anfängen liegt und eh erst getestet werden müsse.

Frau Gröne fährt anschließend mit dem nächsten Punkt fort und berichtet von der Sole-Lösung die die Stadt Oelde in Streueinsätzen verwendet. Diese spare 30 % Salz.

Herr Uthmann lobt das Engagement der Stadt Oelde in diesem Bereich.

Herr Austrup ergänzt, dass es wichtig sei, die Nutzung von Unmengen an Salz einzudämmen und die Stadt Oelde sei dahingehend bereits auf einem guten Weg.

Frau Gröne geht zum nächsten Punkt über und erläutert, dass die Stadt Oelde weder Glyphosat noch andere chemische Mittel nutze. Das Unkraut wird manuell entfernt. Allerdings werde momentan ein Heißwassergerät zur Bekämpfung von Unkraut getestet. Da dieses in der Anschaffung aber sehr teuer sei müsste man hier über eine interkommunale Lösung nachdenken.

Frau Gröne nimmt Bezug auf Punkt 5 und teilt dem Gremium die von der EVO errechnete Quote von 31,35 % als Einspeiszahl von erneuerbaren Energien im Oelder Netz mit. Den größten Anteil daran hätten die Biogasanlagen, gefolgt von Photovoltaikanlagen und Windkraftanlagen.

Auf Rückfragen, ob Oelde den selbst produzierten Strom auch direkt wieder verbräuche, entgegnet Frau Gröne, dass dies nur bedingt möglich sei, da die Oelder Energie- Erzeuger in das öffentliche Netz einspeisen und eine EEG-Vergütung erhalten. In Fällen von Direktvermarktung werden die Strommengen über die Pariser Strombörse gehandelt.

Herr Hellweg gibt zu bedenken, dass das Ziel Klimaschutz mit Hilfe von erneuerbaren Energien erreicht worden sei und lediglich die „Abrechnung“ woanders erfolgen würde.

Frau Gröne nimmt Bezug auf den nächsten von der CDU gelisteten Punkt und erläutert, dass es in der Vergangenheit das „Fifty/Fifty“ Programm an Schulen für die Einsparung von Energie gab. Dies könne man erneut anstoßen und es sei auch auf Kitas übertragbar. Außerdem seien die Sach- und Personalausgaben für die Umsetzung solcher Vorhaben mit 65 % förderfähig.

Herr Vollenkemper merkt an, dass man einfach die vorherigen Schülergruppen zu diesen Themen bestärken könnte, statt das Ganze neu aufzurollen.

Herr Lücke fügt hinzu, dass das „Fifty/Fifty“ Programm zu Beginn zwar gut umgesetzt wurde, jedoch mit der Zeit nach und nach abnahm.

Herr Langer erläutert, dass mittlerweile Bewegungsmelder in diversen Räumen innerhalb des Schulgebäudes installiert wurden, um eine Energieersparnis herbei zu führen. Allerdings sei die Effektivität dessen aufgrund des kurzen Zeitraums momentan noch nicht auszuwerten.

Frau Gröne ergänzt, dass es wichtig sei, den Klimaschutz fortzuschreiben. Die zusätzliche Stelle sei natürlich an die Umsetzung des Klimaschutzes gebunden und eine Folgeförderung bereits beantragt. Eine Überarbeitung des bestehenden Konzeptes sollte nach Auslaufen der Förderung ab März 2020 vorgenommen werden.

Herr Sonneborn fasst zusammen, dass die CDU die Punkte 2 und 4 aus dem Antrag heraus nimmt und Punkt 3 als Prüfantrag stellt. Der Rest solle bleiben, wie im Antrag ursprünglich formuliert.

Frau Brommann betont noch einmal, dass eine Vergleichbarkeit bezüglich der Energieeinsparung in den Schulen schwierig sei und man sich entsprechende Auswertungen für 2019 ansehen könnte.

Herr Vollenkemper gibt an, in Bezug auf Punkt 1 mit Frau Gröne übereinzustimmen, denn die Verwaltung würde bereits sämtliche Entscheidungen bezüglich der Anschaffung von PKWs mit Augenmaß treffen. Er sehe hier keinen Bedarf für einen erneuten Beschluss.

Herr Haferkemper gibt an, dass diese Prüfung beim Kauf der PKWs auch sehr wichtig sei. Außerdem halte er die Entsorgung der Akkus für kritisch, ebenso wie die Infrastruktur der Ladestationen. Zudem solle man Wasserstoff als möglichen Betriebsstoff für PKWs nicht vergessen.

Herr Abel stellt noch einmal in den Vordergrund, dass es wichtig sei, dass die Politik hier ein Zeichen in Richtung Klimaschutz setze.

Frau Meinders-Koeper fasst zusammen, dass die Punkte 1,6,7 als Antrag abgestimmt werden sollen und der Punkt 3 als Prüfantrag.

Frau Brommann schlägt vor, das Ganze im Block abzustimmen.

Anschließend werden die oben genannten Anträge einstimmig vom Gremium beschlossen.

Beschluss:

Die CDU stellt Antrag zur Umsetzung diverser Maßnahmen im Rahmen eines nachhaltigen Klima- und Umweltschutzes.

- 1) Bei einer notwendigen Neuanschaffung von Fahrzeugen für städtische Bereiche soll zukünftig grundsätzlich über den Einsatz von klimaschonenden Fahrzeugen wie Elektroautos oder Hybridwagen nachgedacht werden. Gegebenenfalls höhere Kaufpreise im Vergleich zu konventionellen Fahrzeugpreisen werden dabei in Kauf genommen.
- 3) Es sollte über den Kauf eines Heißwassergerätes zur Unkrautvernichtung nachgedacht werden. Dieses Gerät könnte gegebenenfalls mit anderen umliegenden Städten gemeinsam finanziert und benutzt werden.
- 6) Das Gebäudemanagement der Stadt Oelde bzw. die Klimaschutzmanagerin der Stadt Oelde sollten initiativ Programme umsetzen, die sich mit effektiven und klimaschützenden Strategien gegen Energieverschwendung an Oelder Schulen und Kitas befassen.
- 7) Das im Juli 2013 beschlossene integrierte Klimaschutzkonzept der Stadt Oelde sollte mittelfristig überprüft, den aktuellen Gegebenheiten angepasst und über das Jahr 2020 hinaus fortgeschrieben werden.

Punkt 1,6 und 7 sollen umgesetzt werden.

Punkt 3 soll als Prüfauftrag umgesetzt werden.

7. Einführung der Gelben Tonne zum 01.01.2019

Vorlage: B 2017/661/3878

Herr Abel leitet ein, dass die AWG noch die Chance erhalten möchte, um ihre Sicht der Dinge bezüglich der verschiedenen Varianten darzustellen und das Thema deshalb noch offen gehalten und erst im nächsten Ausschuss eine Empfehlung ausgesprochen werden sollte.

Herr Austrup fragt, ob die Störstoffanteile für die Stadt Oelde bei einer Wertstofftonne überhaupt noch nachzuvollziehen seien oder ob man damit eine Tür für Mehrkosten eröffnen würde.

Herr Schlüter klärt darüber auf, dass man bei der Variante der Gelben Tonne als Stadt noch einen Einfluss darauf hat. Bei der Wertstofftonne könnte man dies allerdings nicht nachvollziehen und hätte auch keinen Einfluss.

Herr Sonneborn merkt an, dass man bei den Gelben Säcken sehen könne, was sich in den Säcken befindet. Bei den Tonnen könnte man dies nicht einsehen.

Außerdem sei in beiden Varianten dann eine vierte Tonne für die Bürgerinnen und Bürger notwendig, was dazu führt, dass man aufgrund von Platzmangel über eine Änderung der Vorgartensatzung nachdenken müsse.

Herr Schlüter erläutert, dass beispielsweise die Stadt Everswinkel seit 1992 die Gelbe Tonne eingeführt hat und damit keinerlei Probleme hat.

Bezüglich der Störstoffanteile liege Oelde bei ca. 25-30 %. Im Vergleich zu anderen Städten sei dies ein guter Wert, da einige Städte bei bis zu 60 % Störstoffanteil liegen würden.

Herr Schramm erkundigt sich nach den Erfahrungswerten anderer Kommunen.

Herr Schlüter gibt an, dass in der Regel 30-40 % „intelligente Fehlwürfe“ getätigt werden würden.

Herr Vollenkemper gibt zu bedenken, dass das Entsorgungssystem teilweise recht komplex sei und er sich demnach eine Vereinfachung mit Hilfe der Wertstofftonne für die Bürgerinnen und Bürger erhofft.

Herr Sonneborn möchte außerdem wissen, wie sich die Tonnen auf die möglichen Mengen an Abfall auswirken würden, da die Gelben Säcke den Bürgerinnen und Bürgern unbegrenzt zur Verfügung stehen würden.

Herr Schlüter zeigt auf, dass die Gelbe Tonne mit 240 l 14-tägig geleert werden würde und die Wertstofftonne mit ebenfalls 240 l nur alle vier Wochen. Für Gewerbe bestünde weiterhin die Möglichkeit Container mit 1,2 t aufzustellen.

Herr Sonneborn erkundigt sich, ob hier für höhere Kosten entstehen.

Herr Schlüter verdeutlicht, dass bei der Gelben Tonne keine zusätzlichen Kosten für die Entsorgung anfallen. Allerdings könne man bei der Wertstofftonne nicht sagen in welcher Höhe zusätzliche Kosten anfallen.

Herr Wilke möchte wissen, ob es wie bei der Restmülltonne ebenfalls verschiedene Stufungen bezüglich des Fassungsvermögens der Tonnen geben würde. Für einen Single oder für einen Zwei-Personen-Haushalt seien selbst die 80 l Tonnen meist zu groß und demnach müsste man darüber nachdenken, ob man da nicht noch kleinere Tonnen anbieten sollte.

Herr Schlüter erläutert, dass es aufgrund der Statik nicht möglich sei kleinere Tonnengrößen als 80 l anzubieten, da diese dann nicht mehr sicher stehen würden und vom Müllwagen nicht vernünftig entleert werden könnten.

Außerdem habe man als Stadt keinen Einfluss auf die Größe der Tonnen, da diese vom Dualen System gestellt würden.

Herr Opitz schlägt vor, eine Zwischenlösung zu erarbeiten, bei der man beispielsweise den Bürgerinnen und Bürgern überließe, ob sie weiterhin die Gelben Säcke oder eine der möglichen Tonnen nutzen wollen würden.

Herr Lange nimmt Bezug auf den vorherigen Vorschlag und fragt, ob eine Teilung der Tonne von mehreren Haushalten wie bisher bei den anderen Tonnen möglich wäre.

Herr Schlüter bestätigt, dass dies genauso wie bei den Restmülltonnen möglich wäre.

Herr Sonneborn hakt nach, ob die Ausschreibung wieder von der Firma Borchers kommen wird.

Herr Schlüter beleuchtet, dass das Duale System aus 10 Firmen mit unterschiedlichen prozentualen Anteilen besteht. Unter diesen 10 Firmen würden die verschiedenen Bezirke innerhalb Deutschlands regelmäßig neu zugeteilt werden. Man könne also noch nicht sagen, welche Firma die Ausschreibung

für die Stadt Oelde anfertigen wird, da ab dem 01.01.2018 die neuen Abstimmungsvereinbarungen des Dualen Systems stattfinden. Die Stadt habe darauf auch keinerlei Einfluss sondern würde lediglich die Informationen bekommen.

Frau Brommann wirft die Frage ein, ob es bei der Variante der Wertstofftonne eine Tonne weniger wäre, die für die Bürgerinnen und Bürger unterzubringen sei.

Herr Schlüter klärt auf, dass in beiden Varianten eine zusätzliche Tonne aufgestellt werden würde.

Herr Zumersch verkündet, dass seines Erachtens nach lediglich die Einführung der Gelben Tonne oder die Beibehaltung der Gelben Säcke zur Debatte stünde, da bei der Wertstofftonne zusätzliche Kosten entstehen würden.

Herr Austrup verdeutlicht, dass man all diese Dinge doch im nächsten Umweltausschuss an die AWG richten sollte. Er hakt außerdem nach, bis wann die Entscheidung gefällt werden müsse.

Herr Schlüter gibt an, dass bis zum Februar 2018 eine Entscheidung gefällt werden müsse, da das Duale System voraussichtlich dann die Ausschreibungen anfertigen wird.

Herr Sonneborn gibt an, dass er diverse Konstruktionen sehen würde, die einzelne Bürger anfertigen, um die Gelben Säcke beisammen zu halten. Dies seien zum Teil Holzkisten, Gitterboxen und Ähnliches. Er möchte nun wissen, ob so etwas überhaupt erlaubt sei.

Herr Schlüter gibt an, dass es möglich sein muss die Gelben Säcke händisch abzunehmen. Solange diese Voraussetzung erfüllt ist, seien diese Konstruktionen nicht verboten.

Es folgen kontroverse Diskussionen.

Frau Brommann merkt nun noch einmal an, dass im nächsten Umweltausschuss ein Referent von der AWG dabei sein wird, an den man noch übrig gebliebene Fragen richten könne und leitet zum nächsten Tagesordnungspunkt weiter.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss spricht noch keine Empfehlung für den Rat aus. Die Entscheidungsempfehlung für den Rat wird auf den nächsten Umweltausschuss verschoben.

8. **Ökoprofit im Rathaus**
Vorlage: M 2017/610/3851

In der Sitzung erfolgt ein mündlicher Bericht über das durchgeführte Projekt „Ökoprofit“, wonach das Rathaus Oelde für die erfolgreiche Teilnahme im November 2017 mit dem Ökoprofit-Siegel ausgezeichnet wurde.



ÖKOPROFIT
 Kreis Warendorf

Urkunde

für die erfolgreiche Teilnahme
 am Projekt ÖKOPROFIT 2017

Stadtverwaltung Oelde



Oelde
 Vielseitig. Ideenreich. Echt.

Ratssiege 1 | 59302 Oelde


 Dr. Olaf Gericke
 Landrat Kreis Warendorf


 Petra Michalczak-Hülsmann
 Geschäftsführerin gfw

28. November 2017



ÖKOPROFIT Kreis Warendorf 2017 wurde gefördert durch:
 Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft,
 Natur- und Verbraucherschutz
 des Landes Nordrhein-Westfalen



9. Verschiedenes

9.1. Mitteilungen der Verwaltung

In der Sitzung erfolgt ein mündlicher Bericht über die durchgeführten Maßnahmen sowie die zukünftigen Vorhaben in Oelde:

- Zu fallende Bäume im Winter 2017/2018
- Nachpflanzung 2017/2018
- Pflegeschnitt an Gehölzflächen
- Rückwärts-Fahrverbot für Entsorgungsfahrzeuge

Herr Austrup erkundigt sich, was mit dem Holz passiert, dass bei den Baumfällarbeiten vom Baubetriebshof entsteht.

Herr Abel erklärt, dass das daraus entstehende Holz als Brennholz beim Baubetriebshof verkauft wird. Außerdem werde der Erlös mit den Kosten für den Auftrag verrechnet.

Herr Opitz gibt zu bedenken, dass es Unternehmen gibt, die aus solchem Holz Pellets herstellen. Er fragt, ob so etwas nicht auch in Oelde möglich sei damit man diese Pellets für die neu angeschaffte Pelletanlage nutzen könnte.

Herr Abel entgegnet, dass es diesbezüglich bereits vor einigen Jahren ein Pilotprojekt gab, bei dem man überlegt hat, Holzhackschnitzel aus Hecken herzustellen. Allerdings habe sich dies bei genauerer Überprüfung als nicht wirtschaftlich erwiesen und sei daher verworfen worden.

Herr Sonneborn merkt an, dass viele Holzhackschnitzelanlagen mit Frischholz arbeiten, auch wenn dies dann einen großen Aufwands für die Trocknung bedarf. Man würde aber dennoch Energie aus so einer Anlage gewinnen können. Er bittet darum, dies in zukünftigen Planungen einzubeziehen.

Herr Abel ergänzt, dass die städtische Verwaltung alle Möglichkeiten prüfen würde. Allerdings seien diese Anlagen zusätzlich extrem wartungsintensiv, weshalb man sich damals dagegen entschieden hatte.

Herr Sonneborn stimmt zu, dass man auch, wenn es um das Thema Klimaschutz geht immer rechnen sollte, ob eine solche Maßnahme wie im Falle der Holzhackschnitzel auch sinnvoll ist.

Frau Gröne informiert darüber, dass der Baubetriebshof in Beckum eine solche Holzhackschnitzelanlage nutzt und sie würde das Thema mit Reinhold Becker vom Baubetriebshof besprechen hinsichtlich der Möglichkeiten der Biomassennutzung in Oelde.

Herr Post möchte wissen, ob für die gefälltten Bäume Neue gepflanzt werden.

Herr Abel klärt auf, dass in der Regel neue Bäume gepflanzt werden. Dies werde aber immer im Einzelfall entschieden.

Herr Uthmann gibt an, dass eine entsprechende Baumschutzverordnung, die sicherstellt, dass für Ersatz gesorgt wird, damals von der Politik abgelehnt worden sei.

Es folgen kontroverse Diskussionen.

Frau Nordhus möchte wissen, ob es eine Liste der Bäume gibt, die als Naturdenkmale deklariert worden sind.

Herr Abel verweist an den Kreis Warendorf, da die entsprechende Liste vom Kreis Warendorf erstellt werde. Allerdings könne man das beispielsweise auch im Internet als zuständige Naturschutzbehörde nachlesen.

Frau Brormann schließt den Themenpunkt und leitet zum nächsten Punkt, dem Rückwärtsfahrverbot, über.

Herr Hellweg kritisiert, dass es keinen Sinn ergebe, dass diese Fahrzeuge nicht rückwärtsfahren dürften. Außerdem würde es besonders älteren oder körperlich eingeschränkten Menschen nicht möglich sein die Mülltonnen so weite Wege zu schieben, damit diese entleert werden könnten.

Herr Wilke ergänzt, dass die Fahrzeuge der Müllabfuhr bei spontanen Verengungen der Straßen wie beispielsweise aufgrund von dort stehenden LKWs dennoch in die Straßen fahren und auch wieder heraus kommen würden. Da würde auch nicht gesagt werden, dass es nicht möglich sei, die Mülltonnen zu entleeren, wenn sie nicht am Anfang der Straße stünden.

Frau Krause betont, dass das Rückwärtsfahrverbot ein gerichtliches Urteil für große Fahrzeuge sei und demnach nicht zur Diskussion stünde.

Es folgen kontroverse Diskussionen, ehe Frau Brormann festhält, dass die Politik diese neuen rechtlichen Grundlagen zur Kenntnis nimmt.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

9.2. Anfragen an die Verwaltung

Anschließend richtet Frau Meinders-Koeper noch eine Frage an die Verwaltung. Ihr sei aufgefallen, dass am Bahnhof in Oelde ständig Lebensmittelreste herum liegen würden, welche Ungeziefer und Getier anlocken. Es müsse dringend dafür gesorgt werden, dass wieder mehr Ordnung am Bahnhof herrscht. Sie fragt, wie die Verwaltung dies sicherstellen möchte.

Herr Langer berichtet, dass die Radstation Geld dafür bekommt den Außenbereich zu reinigen. Die DB sei dafür zuständig den Innenbereich ein bis zwei Mal wöchentlich zu reinigen.

Frau Meinders-Koeper ergänzt, dass auch die Situation für Rollstuhlfahrer verbesserungswürdig sei. Momentan gebe es eine zeitliche Begrenzung für die Rollstuhllifte. Außerdem müsse man deren Nutzung immer erst vorher anmelden. Dies sei viel zu umständlich.

Herr Abel nimmt Bezug auf die genannten Probleme und erklärt, dass bereits geplant ist das Ganze zu verändern und in eine Richtung ein Aufzug, in Gegenrichtung eine Rampe realisiert werden soll.

Beschluss:

Die Verwaltung nimmt die Anfrage zur Kenntnis und wird sich des Themas noch einmal annehmen.